



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 18.06.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 16.06.2015, 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Thomas Roßbach	CDU
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Felix Schneider	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Dr. Höver	02-1, Bürgeramt Innenstadt
Herr Schmitz	02-1/4, Bürgeramt Innenstadt
Herr Janke	32, Amt für öffentliche Ordnung
Frau Willms	69, Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Winkels	V-6, Eigenbetrieb AWB
Vertreter der RheinEnergie und der Polizei Köln	

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen

Herr Thelen, Grüne, eröffnet die Sitzung die letzte Sitzung vor der Sommerpause und begrüßt die Anwesenden.

Der optionale Sitzungstermin am 24.09.2015 findet nicht statt. Der Ausschuss wird hierüber noch schriftlich informiert.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, aufgrund von Terminüberschneidungen einzelner Ausschussmitglieder, die Sitzung am 08.12.2015 bereits um 15.00 Uhr zu beginnen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Erkelenz (CDU), Ginkgo-Bäume 1699/2015
 - 2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Flaggentag der Initiative "Mayors for Peace" (Az.: 02-1600-84/14) 1640/2015

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Trinkwasserspender an zentralen Plätzen (Az.: 02-1600-127/14)
1059/2015

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Ebertplatz (Az.: 02-1600-33/15)
0890/2015

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Verdreckte Stadt Köln (Az.: 02-1600-45/15)
1585/2015

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Erkelenz (CDU), Ginkgo-Bäume 1699/2015

Kenntnis genommen.

2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Flaggentag der Initiative "Mayors for Peace" (Az.: 02-1600-84/14) 1640/2015

Kenntnis genommen.

Frau Akbayir, Linke, begrüßt den Empfang des Oberbürgermeisters für die Initiative als ersten Schritt. Dies entspreche aber nicht dem Anliegen der Petenten. Deshalb sollte die vorgeschlagene Fahne einmal jährlich vor dem Rathaus aufgezogen werden. Zudem sei unsicher, ob die Presse tatsächlich über den Empfang berichte.

Herr Thelen, Grüne, merkt an, dass der Empfang im Einvernehmen mit der Petentin durchgeführt werde. Aus seiner Sicht sei die gewählte Form wahrscheinlich öffentlichkeitswirksamer, als ein bloßes Aufziehen der Fahne vor dem Rathaus. Dies müsse abgewartet werden. Sollte die Petentin darüber hinaus an ihrem ursprünglichen Anliegen festhalten, müsste sie dies erneut vorbringen, damit der Ausschuss einen förmlichen Beschluss fassen könne.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass die Presse zu diesem Empfang eingeladen werde. Aufgrund dessen sei davon auszugehen, dass eine Berichterstattung, wie bei öffentlichen Empfängen des Oberbürgermeisters üblich, stattfinde.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

Frau Dohmke, FDP, führt aus, dass ihr eine Beschwerde des Veranstalters der Weinmesse im Gürzenich vorliege. Während des Aufbaus seien zahlreiche Zulieferfahrzeuge wegen Parkverstößen verwahrt worden. Laut Aussage der Verwaltung gebe es nur sieben Ausnahmegenehmigungen für Ladezonen rund um den Gürzenich. Dies sei bei 150 Ausstellern zu wenig. In den letzten 9 Jahren seien während des Aufbaus keine Verwarnungen ausgesprochen worden.

Sie fragt daher nach, warum diese Regelung geändert wurde und ob man hier praktikablere Maßnahmen für die Zulieferer entwickeln könnte.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Trinkwasserspender an zentralen Plätzen (Az.: 02-1600-127/14) 1059/2015

Die Petenten, Schülerinnen und Schüler der Klasse 10.3.2 der Gesamtschule Holweide, begründen ihre Eingabe. Die vorgeschlagenen Pilotvorhaben würden positiv gesehen. Es wird ergänzend vorgeschlagen, zukünftig bei der Neugestaltung von öffentlichen Plätzen grundsätzlich die Errichtung von Trinkwasserspendern zu prüfen.

Herr Bender, RheinEnergie, gibt einen ausführlichen Sachstandsbericht über die geplanten Pilotvorhaben im Blücherpark und im Skaterpark Rheinauhafen. Es seien noch eine Vielzahl von Fragen zu klären, insbesondere zur Hygiene und den technischen Voraussetzungen. Darüber hinaus würden Vereinbarungen mit ortsansässigen Institutionen angestrebt, welche den jeweiligen Standort freiwillig betreuen und eventuelle Verunreinigungen und Schäden melden. Diese Betreuung bedeute aber keine Übertragung von Verpflichtungen des Betreibers. Der vorgesehene Standort auf dem Kurt-Hackenberg-Platz sei ein Projekt der Verwaltung und falle somit nicht in die Zuständigkeit der RheinEnergie.

Er betont, dass die RheinEnergie gerne die Pilotvorhaben betreue. Sollten darüber hinaus aber zukünftig weitere Standorte beschlossen werden, müssen diese nicht zwangsläufig über die RheinEnergie als zuständigem Wasserversorger betrieben werden.

Herr Schneider, SPD, dankt den Schülerinnen und Schüler für die Eingabe. Er spricht sich für die Umsetzung der Pilotvorhaben aus, bittet aber um konkretere zeitliche Angaben.

Herr Pohl, CDU, zeigt sich ebenfalls erfreut über die Eingabe und spricht sich für die vorgeschlagenen Pilotvorhaben aus. Er gehe von einer zeitnahen Umsetzung aus.

Herr Hammer, Grüne, verweist auf Berlin, wo 19 Trinkwasserspender betrieben werden. Er spricht sich für den Ergänzungsvorschlag der Petenten aus.

Frau Akbayir, Linke, merkt an, dass ihre Fraktion die Errichtung von Trinkwasserspendern bereits seit längerem fordere. Aufgrund dessen spreche sie sich für die Eingabe aus. Sie bittet ebenfalls um genauere Zeitangaben.

Herr Bender, RheinEnergie, führt aus, dass der Standort Blücherpark wahrscheinlich 2015 realisiert werden könne. Für den Standort im Skaterpark können aufgrund des derzeitigen Planungsstandes noch keine genaueren Angaben gemacht werden. Die RheinEnergie werde den Ausschuss im Herbst 2015 über den Sachstand informieren.

Herr Schneider, SPD, regt an, dass sich sowohl die HGK als auch die Verwaltung mit der RheinEnergie zwecks Umsetzung der Pilotvorhaben in Verbindung setzen sollen.

Herr Thelen, Grüne, schlägt folgenden ergänzten Beschlusstext vor:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und begrüßt die vorgeschlagenen Pilotvorhaben zur Installation von Trinkwasserspendern. Auf Grundlage der Ergebnisse soll über die weitere Aufstellung von Trinkwasserspendern entschieden werden. Die RheinEnergie AG, die HGK und die Verwaltung werden aufgefordert, im Blücherpark, im Skaterpark im Rheinauhafen und bei der Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes Trinkwasserspender einzurichten. Bei der weiteren Entwicklung und Umgestaltung von Plätzen möge geprüft werden, ob dort Trinkwasserspender eingerichtet werden sollen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petenten für ihre Eingabe und begrüßt die vorgeschlagenen Pilotvorhaben zur Installation von Trinkwasserspendern. Auf

Grundlage der Ergebnisse soll über die weitere Aufstellung von Trinkwasserspendern entschieden werden. Die RheinEnergie AG, die HGK und die Verwaltung werden aufgefordert, im Blücherpark, im Skaterpark im Rheinauhafen und bei der Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes Trinkwasserspender einzurichten. Bei der weiteren Entwicklung und Umgestaltung von Plätzen möge geprüft werden, ob dort Trinkwasserspender eingerichtet werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Ebertplatz (Az.: 02-1600-33/15)
0890/2015**

Die Petentin ist nicht erschienen.

Herr Thelen, Grüne, kritisiert die seiner Meinung nach nicht ausreichenden Öffnungszeiten der Toilettenanlage am Ebertplatz.

Frau Willms, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, erläutert, dass die Öffnungszeiten anhand von Kosten-Nutzenanalysen festgelegt wurden. Eine Ausweitung sei wirtschaftlich nicht darstellbar. Die Verwaltung arbeite aber gezielt am Ausbau des „Happy Toilet“ Konzeptes, wonach private Betreiber ihren Toiletten gegen ein Entgelt der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Im Rahmen der Obdachlosenhilfe würden freie Träger entsprechende Anlaufstellen in Nähe zum Ebertplatz betreiben.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für Ihre Eingabe und begrüßt das Angebot einer öffentlichen Toilettenanlage im Bereich Ebertplatz. Die Verwaltung wird gebeten, den städtebaulichen Masterplan im Rahmen der Haushaltssituation weiter umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, Verdreckte Stadt Köln (Az.: 02-1600-45/15)
1585/2015**

Die Petentin begründet ihre Eingabe.

Herr Janke, Amt für öffentliche Ordnung, erläutert, dass es für Privateigentümer keine Reinigungsverpflichtung im Falle von illegalen Graffiti gebe. Lediglich bei verfassungsfeindlichen Symbolen könne die Entfernung angeordnet werden. In Köln bestehe seit 1998 die Kölner Anti Spray Aktion (KASA), in welcher über 30 Institutionen zusammenarbeiten. Die AWB entferne pro Jahr ca. 20.000m² Graffiti. Dies verursache Kosten in Höhe von 440.000 €, die im Haushalt der Stadt Köln zur Verfügung gestellt seien. Er erläutert darüber hinaus ausführlich die Arbeits- und Vorgehensweise der KASA.

Herr Winkels, Eigenbetrieb AWB, führt aus, dass die Reinigung der Grünflächen von der AWB im Auftrag der Verwaltung durchgeführt werde. Die Finanzierung erfolge über die Abfallgebühren. Meldungen über Müllablagerungen werden von der AWB entgegen genommen. Die Beseitigung erfolge dann in der Regel zeitnah. Die Reinigung der Baumscheiben erfolge unabhängig von der satzungsgemäßen Straßenreinigung im Abstand von zwei Monaten.

Herr Ebel, Polizei Köln - Führungsstelle Verkehr, erläutert die Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr im Hinblick auf Radfahrer.

Herr Pohl, CDU, bittet der Petentin den Jahresbericht der KASA zur Verfügung zu stellen. Die AWB leiste im Auftrag des Rates gute Arbeit im Rahmen der Abfallvermeidung und Beseitigung. Er begrüßt, dass die Polizei in 2015 ihren Schwerpunkt auf Radfahrerkontrollen lege. Er regt folgenden ergänzten Beschlusstext an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für Ihre Eingabe und bittet die Verwaltung, die beschriebenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sauberkeit sowie Sicherheit und Ordnung in der Stadt in einer intensivierten Weise fortzusetzen.“

Frau Aymaz, Grüne, führt aus, dass die von der Petentin beschriebenen Zustände Teil des heterogenen großstädtischen Lebens seien. Zur Verbesserung der Sauberkeit sei eine Aktivierung der gesellschaftlichen Institutionen erforderlich. Sie weist darauf hin, dass die hauptsächlichsten Gefahren im Straßenverkehr nicht von den Radfahrern ausgehen würden.

Herr Hammer, Grüne, fragt nach, ob die Kontrollen der Radfahrer an Unfallschwerpunkten durchgeführt werden.

Herr Ebel, Polizei Köln, erläutert, dass die Polizei eine genaue Unfallanalyse betreibe. Diese habe ergeben, dass das Verschulden jeweils zu 50 % bei den PKW-Fahrern und zu 50 % bei den Radfahrern liege. Hauptanliegen sei, die Unfallzahlen zu senken. Die Kontrollen werden möglichst flächendeckend ohne die Bildung von Schwerpunkten durchgeführt.

Herr Schneider, SPD, führt aus, dass in den Bereichen Sauberkeit und Sicherheit durch die beteiligten Institutionen viel erreicht worden sei. Er verweist auf die Ursachen. Letztlich sei der Zustand einer Stadt ein Spiegelbild der städtischen Gesellschaft. Er spricht sich für den Änderungsvorschlag von Herrn Pohl aus.

Herr Thelen, Grüne, sieht Graffiti grundsätzlich als Kunstform an. Diese sei von illegalen Schmierereien zu unterscheiden. Er kritisiert die Kontrolltätigkeiten der Polizei gegenüber den Radfahrern. Diese würden nicht zu einer Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen. Diese könne lediglich durch eine Änderung der Sicherheitsphilosophie und geänderte Verkehrsführungen, z.B. sog durch „Shared-Space“-Bereiche“, erreicht werden.

Frau Dohmke, FDP, verweist darauf hin, dass durch gegenseitige Rücksichtnahme und Gemeinsinn viele der beschriebenen Probleme beseitigt werden könnten.

Herr Ebel, Polizei Köln, verweist auf den fehlenden Spielraum der Polizei bei verkehrsrechtlichen Anordnungen. Das Innenministerium NRW plane derzeit eine Kampagne zur Förderung der gegenseitigen Rücksichtnahme im Straßenverkehr.

Herr Thelen, Grüne, schlägt folgenden ergänzten Beschlusstext vor:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und bittet die Verwaltung, die beschriebenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sauberkeit sowie Sicherheit und Ordnung in der Stadt in einer intensivierten Weise fortzusetzen.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und bittet die Verwaltung, die beschriebenen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sauberkeit sowie Sicherheit und Ordnung in der Stadt in einer intensivierten Weise fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

5 Mitteilungen

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.2 Schriftliche Anfragen

**7 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Thelen
Vorsitzender

Schmitz
Schriftführer